

Nagelprobe steht noch aus ²⁻² 08.02.12

Kreistag hat in hundert Tagen viel auf den Weg gebracht – Selbstbewusstsein und Abstimmungspressen

VON STEPHAN OERTEL

ROTENBURG. Es war eine echte Zäsur, als SPD, Grüne und WFB nach der Kommunalwahl eine Zusammenarbeit für den Kreistag beschlossen und damit erstmals in der Geschichte des Landkreises Rotenburg die CDU in die Oppositionsrolle drängten. 100 Tage ist diese Gruppe heute offiziell im Amt. Zeit für eine erste Bilanz.

Die Erwartungen, die SPD, Grüne und Freie Wähler nicht zuletzt an sich selbst geknüpft haben, sind hoch. Von einer neuen Politik war die Rede. Einige Schwerpunkte sollten anders gesetzt, Diskussionen offener geführt, Entscheidungsprozesse für die Bürger transparenter werden. Inwieweit dies gelungen ist, lässt sich nach etwas mehr als drei Monaten kaum beurteilen. Schließlich haben der Kreistag und die politischen Fachausschüsse nach der Konstituierung in der Regel erst einmal getagt – und das hinsichtlich des Haushalts für 2012, dessen Fundament die vorherige Kreistagsarbeit bildete. Das ließ nur bedingt Spielraum für Weichenstellungen.

Am Ehesten lässt sich die Handschrift der neuen Mehrheit bislang bei der Diskussion über die Deponiepläne für Haaßel erkennen. Hier setzte sich die Gruppe gegen die Stimmen von CDU und FDP über die Empfehlung des Landrats und der Kreis-

verwaltung hinweg, indem sie die Nutzung der kreiseigenen Straße für Entsorgungsfahrzeuge nicht genehmigte und sich klar gegen die Deponie positionierte. Die Botschaft: Auch wenn man womöglich nicht Herr des Verfahrens ist, möchte man doch sein politisches Gewicht in die Waagschale werfen – und es notfalls auf einen Konflikt mit Behörden und Investor ankommen lassen. Ein solches politisches Selbstbewusstsein hat der Kreistag bislang eher selten an den Tag gelegt. Ob er dieses beim Thema Haaßel durchhält und ob er damit besser fährt, bleibt abzuwarten.

Die Diskussion über die Deponie bildete jedoch eine Ausnahme. Im Kern war allen Fraktionen anzumerken, dass ihnen an einem breiten Konsens gelegen ist.

Beispielhaft dafür steht die Übernahme von Kindergartengebühren durch den Landkreis, wo der Kompromissvorschlag der Kreisverwaltung von allen dankbar aufgegriffen wurde. Nur selten war bei Vertretern der neuen Mehrheitsfraktion der Drang zu verspüren, Positionen durchzuboxen, auf der anderen Seite konnte von Fundamentalopposition nicht die Rede sein. CDU und FDP – aber auch Die Linke – wirkten konstruktiv mit. So wurden fast alle Beschlüsse und am Ende auch der Kreishaushalt einstimmig gefasst.

Wengleich der Weg zum Kompromiss mitunter etwas holperig verlief. Insbesondere bei der Jagdsteuer und beim Bullensee wurden Abstimmungsdefizite bei SPD, Grünen und WFB offenbar

– bisweilen sogar innerhalb der eigenen Parteien. Dieses „Umdenken“, dem dann erneut ein „Umdenken“ folgte, machte es Vertretern anderer Parteien nicht eben leicht, den Absichten der Mehrheit zu folgen. Zumal sie zum Teil auch erst kurzfristig über die neue Linie informiert wurden. Einiges muss sich da auch mit Blick auf die verkündete Transparenz erst noch einspielen.

Wie überhaupt die Fraktionen ihre Rollen noch finden müssen, was auch damit zusammenhängen dürfte, dass Partei übergreifend viele Neulinge im Kreisparlament sitzen.

Unter dem Strich hat der Kreistag in hundert Tagen manches auf den Weg gebracht. Die Nagelprobe jedoch steht noch aus. Etwa bei den Themen Nahverkehr und Klimaschutz, wo in den nächsten Monaten Konzepte erstellt werden sollen. Beides sind erklärte Schwerpunkte der Mehrheitsgruppe. Interessant ist auch die Frage, wie sich diese zu der Ankündigung der Stadt Rotenburg verhält, 2013 eine Integrierte Gesamtschule einrichten zu wollen. Die Stadt sieht sich dazu nicht zuletzt aufgrund der neuen Konstellation im Kreistag ermutigt, hat bislang aber noch keinen Antrag gestellt. An Punkten wie diesen wird sich zeigen, wie weit die Handschrift der neuen Mehrheit trägt und wie sie es mit der Transparenz hält.



Haben sich **viel vorgenommen** (von links): Bernd Wölbern (SPD), Bernd Petersen (WFB), Elke Twesten (Grüne) und Ralf Borngräber (SPD).